

18. Juli 2017 | Nr. 30/07/2017

Zur gestrigen NSU-Sitzung

Weinmann: Denken von Grenze zu Grenze ist ein klarer Nachteil

Die Bekämpfung von Rechtsextremismus darf nicht allein von Landesgrenze zu Landesgrenze geschehen. Eine Vernetzung ist hier für den Erfolg unerlässlich.

Zur gestrigen Sitzung des Untersuchungsausschusses „Rechtsterrorismus/NSU BW II“, sagte der Obmann der FDP-Landtagsfraktion im NSU-Untersuchungsausschuss II, **Nico Weinmann:**

„Wieder einmal haben die Polizeibeamten betont, wie wichtig eine ausreichende Vernetzung der Polizeiarbeit auch über Landesgrenzen hinaus ist. Dazu zählen auch ein verbesserter Datenaustausch zwischen den Dienststellen und die Vereinheitlichung der IT-Struktur. Da ist noch viel Luft nach oben. Dies ist eine deutliche Hausaufgabe für und Mahnung an den Innen- und Digitalminister Strobl.“